

Zum Landkreis-Haushalt 2016

(Rede der stellv. Gruppen-Vorsitzenden der GFA/FDP : Sigrid Griesel)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Als während der Haushaltsberatungen absehbar wurde, dass ein Haushaltsausgleich erreicht werden kann, liefen die Beratungen plötzlich sehr entspannt ab. Und dies, obwohl wir wissen, dass 18 Mio. der veranschlagten Einnahmen in diesem Jahr nicht eingehen werden. Nichts konnte diese Entspannung stören, denn etwas besseres, als einen wenigsten auf dem Papier ausgeglichenen Haushalt kann es in einem Wahljahr ja auch nicht geben.

Um unsere Entscheidung für oder gegen den Haushalt zu treffen haben auch wir die Finanzsituation analysiert. Dabei mussten wir feststellen, dass aufgrund der Finanzströme im Zusammenhang mit dem Zuzug von Flüchtlingen eine Beurteilung noch nie so schwierig war, wie in diesem Jahr. Denn die Vermischung mit dem Kernhaushalt macht eine Analyse durch Abgeordnete nahezu unmöglich. Letztlich blieb uns daher nur die Aussage des Landrates, die Einnahmen wären „mehr als auskömmlich“.

Bleibt also die Frage, ob diese Aussage auch mittelfristig Bestand haben wird. Wir glauben das nicht, denn mittlerweile hat auch das Land bemerkt, dass ländliche Räume nicht mit Maßstäben eines Ballungszentrums gemessen werden können. Diese durchaus richtige Erkenntnis des Landes wird negative Auswirkungen haben, von denen dann auch unsere Investitionen mit ihren Folgekosten betroffen sein werden. Und bei den später anfallenden Kosten für Hartz-IV-Leistungen für diesen Personenkreis verbleibt ohnehin ein Eigenanteil beim Landkreis.

Wie ist also die tatsächliche finanzielle Situation des Landkreises einzuschätzen?

Fakt ist, dass sich die Kommunalaufsicht in den Haushaltsgenehmigungen der letzten Jahre immer wieder sehr kritisch mit der hohen Verschuldung des Landkreises auseinandergesetzt und eine Umkehr eingefordert hat. Allerdings hat sie es gleichzeitig zugelassen, dass sich die Verschuldung jedes Jahr weiter erhöht. Das dies die langfristige Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises gefährdet, ist unumstritten.

Allein in dieser Wahlperiode hat sich der Landkreis mit rd. 65 Mio.€ neu verschuldet und zwar „nur“ im Kernhaushalt. Und hierbei sind Liquiditätskredite von 60-80 Mio. € und auch Bürgschaftsverpflichtungen von rd. 20 Mio. € genau so wenig berücksichtigt, wie die Verschuldung unserer ausgegliederten Einrichtungen. Für keine Wahlperiode zuvor ist ein derart eklatanter Schuldenanstieg dokumentiert. Er liegt im Kernhaushalt am Ende des Jahres dann bei rd. 167 Mio. €.

Und mit dem ab dem Jahre 2012 vorzulegenden konsolidierten Gesamtabchluss steigt dieser Schuldenstand dann um mindestens weitere 100 Mio. € an und läuft unaufhaltsam auf die 300 Mio. €-Grenze zu.

Das alles finden wir genau so besorgniserregend, wie die Tatsache, dass wir die Schuldenstatistik der Landkreise anführen. Man könnte den Eindruck haben, wir streben eine Kreisreform an, die einen Schuldenerlass durch das Land zur Folge hätte, denn andere Lösungsansätze sind derzeit nicht in Sicht. Vielleicht mit Emden?

Und mit dem heutigen Haushaltsbeschluss planen wir sogar noch weitere Netto-Neuverschuldungen in den Jahren 2017 bis 2020 in Höhe von nochmals 22 Mio. € nur im Kernhaushalt!

Schon aus Jusozeiten kenne ich natürlich den Einwand der SPD, dem würde ja eine Menge Vermögen gegenüberstehen. Deshalb sollen das also alles „gute“ Schulden sein. Natürlich....., aber wer kauft schon Radwege, Straßen Schulen etc.?

Um eines klar zu stellen, auch wir würden für manche Investitionen Kredite aufnehmen, aber wir hätten auch im Blick, dass hierdurch Handlungsspielräume verloren gehen. Denn was nützt das alles, wenn man sein Personal über Dispo-Kredite finanzieren muss? Und genau in dieser Situation befindet sich der Landkreis seit Jahren!

Allein die Tatsache des hohen Kassenkreditbestandes müsste uns also durchaus aufhorchen lassen. Deshalb war auch die Einrichtung der interfraktionellen Haushaltskonsolidierungsgruppe der richtige Weg, und damit hat ja auch das Innenministerium hohe Erwartungen verknüpft. Leider diente sie nur als Alibi und konnte daher auch keine Ergebnisse erzielen. Ganz im Gegenteil, die freiwilligen Ausgaben wurden sogar noch weiter erhöht. Und daran ändern auch immer vorgetragene „Lippenbekenntnisse“, wie wir sie auch heute wieder gehört haben, nichts. Es müssen endlich Taten folgen und allein daran werden die Abgeordneten der SPD und CDU gemessen werden.

Und, um auch das hier mal deutlich zu sagen, Herr Landrat, eine Verringerung der Liquiditätskredite durch Umwandlung in langfristige Kredite ist als Argument für eine Verbesserung der Finanzsituation untauglich (so geschehen in einer Finanzausschußsitzung).

Aber genau so einfach macht sich das Land das auch.

Denn höchst interessant ist doch, dass noch im Jahre 2015 vom Innenministerium in der Haushaltsgenehmigung mit Nachdruck vom Landkreis eingefordert worden ist, er solle bei der Veranschlagung seiner Haushaltsansätze das „Kassenwirksamkeitsprinzip“ genauer beachten. Nur wenige Monate später setzt das Land genau dieses

Kassenwirksamkeitsprinzip in der Flüchtlingsfrage aus, mit den bekannten positiven Folgen für unseren Haushalt.

Die Presse nannte das „finanzpolitische Fantasie“, das trifft es ziemlich genau.

Deshalb habe ich an dieser Stelle sogar mal Verständnis für den Landrat, der ganz offensichtlich die Genossen im Innenministerium mit ihren vielen Warnungen nicht mehr für voll nimmt. Denn bisher haben sie sich ja tatsächlich nur als Papiertiger geoutet.

Denn würde man die Warnungen der Kommunalaufsicht tatsächlich ernst nehmen, so würde man natürlich nicht in jedem Jahr die freiwilligen Ausgaben weiter aufstocken und per Dispokredit finanzieren.

Dies vor allem auch vor dem Hintergrund der stetig steigenden Personalkosten als einer der größten Kostenfaktoren.

Denn allein durch Tarifierhöhungen müssen wir mit jährlichen Steigerungsraten von mindestens 1 Mio. € rechnen.

Man wird erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um allein diese Kostensteigerungen aufzufangen. Insofern ist es für uns auch nicht verwunderlich, dass die Verwaltung in der Finanzplanung für die nächsten Jahre wieder Fehlbedarfe ausweist.

Es ist daher auch ein Fehler, zu glauben, die Lage des Landkreises hätte sich wirklich entspannt.

Hinzu kommen auch noch andere deutliche Warnsignale. Ich nenne nur einige Schlagworte:

- *der Arbeitsplatzabbau bei hier ansässigen Großbetrieben (nicht nur VW),*
- *das schwieriger werdende Geschäftsfeld bei Sparkassen und Banken im Zusammenhang mit der Niedrigzinspolitik der EZB,*
- *das Anwachsen der Altersarmut im Landkreis,*
- *demografische Entwicklung, die in unserer Region auch durch die Flüchtlings-zuwächse nicht aufgefangen werden kann.*

Gerade wegen dieser Erkenntnisse wären wir aber bereit gewesen, diesen Haushalt mitzutragen. Jedenfalls dann, wenn in der Finanzpolitik des Landkreises tatsächlich ein Umdenkungsprozess stattgefunden hätte, so wie wir das noch vor einem Jahr wirklich geglaubt haben.

Zwischenzeitlich hat sich aber gezeigt, dass hier mehrheitlich noch immer kein Handlungsbedarf gesehen wird. Wenn das in den heutigen Haushaltsreden der SPD und CDU-Vertreter wieder einmal anders zum Ausdruck kommt, dann sind das bisher nur Ankündigungen, es gibt bisher einfach keine Vorschläge aus diesen Fraktionen. Das ist z.B. bei der Fraktion der Grünen und der GFA/FDP-Gruppe

anders. Hier sind etliche Vorschläge gemacht worden, die allesamt aber abgelehnt worden sind.

Für uns ist daher der diesjährige Haushaltsplan nichts, als eine vorübergehend wirkende „Beruhigungspille“, weil die Probleme einfach nicht angepackt werden.

Diese Beruhigungspille schlucken wir nicht, weil dies mit erheblichen negativen Nebenwirkungen für alle Kreiseinrichtungen verbunden sein wird. Und das für uns schlimmste ist, dass wir schon wieder ein Jahr zur Konsolidierung verloren haben. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass der Landrat und die ihn stützende Mehrheit im Kreistag nun auch noch vor der Aufgabe der Haushaltskonsolidierung kapituliert hat.

Wohin das führen kann, erleben wir gerade im Krankenhauswesen, ein weites Feld, das ich heute aber nicht beackern will.

Wir brauchen also dringend strukturelle Änderungen in der Verwaltungsorganisation. Eine straffe Organisationsüberprüfung ist genauso erforderlich, wie eine Aufgabenkritik. Das alles darf man nicht mehr aussitzen, daran ändert auch dieser Haushalt nichts. Und wir brauchen vor allem einen Landrat, der sich an die Spitze dieser Bewegung stellt!

Wir werden daher diesem Haushalt nicht zustimmen, weil ein nachhaltiges Sanierungskonzept fehlt mit der Folge, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises auf dem Spiel steht.

Und wer das Panikmache nennt ist aufgefordert, seine Lösungsansätze auf der Grundlage von Fakten zu nennen. Bisher sind uns solche nicht bekannt.

Nachtrag:

Noch einige Anmerkungen zum Vorschlag des Landrates in Sachen KVHS'n:

Der Vorschlag kam für uns heute unerwartet, in wesentlichen Teilen können wir ihn aber durchaus mittragen.

Was aus unserer Sicht aber noch immer fehlt – und darauf habe ich in der Sitzung des Finanzausschusses wiederholt hingewiesen- ist die Tatsache, dass endlich auch der aus unserer Sicht unhaltbare Zustand der nicht tarifgerechten Entlohnung der Mitarbeiter/-innen der KVHS in Norden ein Ende finden muss. Eine unterschiedliche Vorgehensweise in Aurich und Norden ist auch in dieser Hinsicht nicht akzeptabel!